

**Inhalt:**

Wahlen in Berlin –  
Jede Stimme 2011,  
Seite 1

Zu den  
Wahlprüfsteinen des  
MRBB, Seite 1

„Integrationsarbeit“  
auf ehrenamtlicher  
Basis?, Seite 4

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e.V.

## Wahlen in Berlin – Jede Stimme 2011

Der MRBB beteiligt sich an der Kampagne „Jede Stimme 2011“ zur Durchführung symbolischer Wahlen für jene halbe Millionen Berliner\_innen, die seit Jahren und Jahrzehnten in Berlin leben und dennoch von den Landes- und Kommunalwahlen ausgeschlossen sind.

In der Woche vom 29. August bis 4. September werden berlinweit Wahllokale eröffnet, in denen Berliner\_innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit ihre Stimme zur Wahl des Abgeordnetenhauses abgeben können. Ein solches Wahllokal wird gemeinsam mit dem Polnischen Sozialrat e.V. auch in den Räumlichkeiten des MRBB eröffnet.

Darüber hinaus veranstaltet der Club

Dialog e.V. gemeinsam mit dem MRBB Fragerunden mit unterschiedlichen Parteien, bei denen alle Berliner\_innen, ob wahlberechtigt oder nicht, die jeweiligen Vertreter\_innen mit ihren Fragen zur Rede stellen können. Bei diesen Fragerunden werden selbstverständlich auch die Wahlprüfsteine des MRBB eine entscheidende Rolle spielen.

(Die Öffnungszeiten des Wahllokals und Termine für die Fragerunden mit den Parteien werden frühzeitig auf der Homepage des MRBB bekannt gegeben. Nähere Informationen und Teilnahmemöglichkeiten der Kampagne „Jede Stimme 2011“ finden Sie unter [www.jedestimme2011.de](http://www.jedestimme2011.de)). aw

## Zu den Wahlprüfsteinen des MRBB

In der Juni-Ausgabe von „Leben nach der Migration“ wurde die Formulierung von Wahlprüfsteinen des MRBB angekündigt. Im Folgenden sollen die damit verbundenen Problemlagen exemplarisch dargestellt und im Anschluss die Wahlprüfsteine präsentiert werden.

Am 18. September stellen sich FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Die Linke mit den richtigen Antworten, miteinander und für alle, gerade richtig für das soziale Berlin zur Wahl: Sie versprechen bessere Bildung, Arbeit, Wohlstand und Sicherheit. Inwieweit sie

dabei die Lebenserfahrungen von People of Color (POC) im Blick haben, soll mit den Wahlprüfsteinen des MRBB offen gelegt werden. Entsprechend dem Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung (LAPgR) steht dabei der Abbau institutioneller Diskriminierung im Vordergrund.

Diskriminierung ist nicht nur das Ergebnis einzelner Übeltäter\_innen. Sie ist vielmehr das Ergebnis formaler Rechte und ‚normaler‘ organisatorischer Strukturen, Programme und Routine in den Basisinstitutionen des gesellschaftlichen



Foto: Gabriele Kantel

<http://www.flickr.com/photos/schockwellenreiter/> / CC BY-NC-ND 2.0

Eine öffentliche Mülltonne in Berlin-Neukölln mit Aufkleber.

Lebens, wie dem Bildungs- und Beschäftigungssystem oder dem Wohnungsmarkt (vgl. Gomolla).

Der Blick auf formale Rechte, organisatorischer Strukturen, Programme und Routine macht dabei deutlich, dass rassistische Ausgrenzungen auch dann wirksam sein können, wenn Menschen in bester Absicht und unter der Prämisse der Gleichbehandlung handeln.

In Berlin zeigt sich das besonders deutlich am Beispiel des Neutralitätsgesetzes und des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG).

Seit 2005 verbietet das Berliner Neutralitätsgesetz den Beamt\_innen in Schule, Polizei und Justiz das Tragen von religiösen Symbolen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern verbietet Berlin nicht nur das Tragen des Kopftuchs, sondern – dem Gleichheitsgebot entsprechend – das Tragen aller religiöser Symbole. Das führt nichtsdestotrotz vor allem zu einem weitreichenden formalen Ausschluss muslimischer Frauen, die ein Kopftuch tragen, im Öffentlichen Dienst, dem größten Arbeitgeber Berlins. Damit verschärft die Berliner Gesetzgebung die soziale Ausschließung kopftuchtragender, muslimischer Frauen, die auch in anderen Bereichen bei der Arbeitsplatzvergabe massiven Nachteilen ausgesetzt sind (siehe LADS „Mit Kopftuch außen vor?“).

§ 21 des Berliner ASOG regelt die Befugnis der Polizei verdachtsunabhängige Kontrollen an so genannten „kriminalitätsbelasteten Orten“ durchzuführen. Kriminalitätsbelastete Orte sind nur der Polizei bekannt und können Parks, Straßenzüge oder Kneipen sein. Obwohl die Polizei laut Gesetz an diesen Orten jeden gleichermaßen kontrollieren kann, sind es vor allem POC, die beispielsweise Parks nicht mehr aufsuchen können, ohne dabei von der Polizei kontrolliert zu werden.

Am deutlichsten zeigt sich die soziale Ausgrenzung institutioneller, rassistischer Diskriminierung jedoch an der Anzahl (vor allem jugendlicher) POC in den Berliner Sonderschulen und Gefängnissen. Damit wirft institutionelle Diskrimi-

nierung immer auch Fragen der Verteilungsgerechtigkeit auf. Wer erhält welche Schulabschlüsse, welche Arbeitsplätze, welche Wohnungen, welche Anerkennung und welche Mitbestimmungsrechte? Dabei zeigt sich in Berlin deutlich, dass POC seltener einen qualifizierten Abschluss erhalten, trotz gleicher Qualifikationen besetzen sie schlechtere Arbeitsplätze und sie sind (unabhängig von ihrem Bildungsabschluss) häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Das geht einher mit schlechteren Wohnverhältnissen und Segregation, was Gesundheit und Lebensqualität in erheblichen Ausmaß verschlechtert. *aw*

Mechthild Gomolla: Institutionelle Diskriminierung im Bildungs- und Erziehungssystem (<http://egora.uni-muenster.de/ew/personen/medien/gomolla.pdf>)

LADS Broschüre: Mit Kopftuch außen vor? ([http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb\\_ads/kopftuch\\_klein.pdf?start&ts=1216723398&file=kopftuch\\_klein.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb_ads/kopftuch_klein.pdf?start&ts=1216723398&file=kopftuch_klein.pdf))

## Wahlprüfsteine an die Parteien:

- Welche Rolle messen Sie der politischen und sozialen Partizipation von PoC und dem damit verbundenen Abbau institutionellen Rassismus und ethnischer Diskriminierung bei?
- Welcher finanziellen Basis bedarf Ihrer Ansicht nach die effektive Umsetzung des LAPgR?

## Bildung

- Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sehen Sie, der gegebenen Segregation bei der Zusammensetzung von Schulklassen entgegenzusteuern?
- Welche Bedeutung messen Sie der Kolonial- und Migrationsgeschichte Deutschlands in Lehrplänen zu? Ist diese Ihrer Einsicht nach in den bisherigen Lehrplänen ausreichend berücksichtigt?

## Gesundheit

- Welche zusätzlichen finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen müssten Ihrer Ansicht nach geschaffen werden, um eine umfassende, auch präventive gesundheitliche Versorgung von People of Color zu gewährleisten?

- Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sehen Sie, der rassistischen Diskriminierung in der Sen GUV, deren nachgeordneten Einrichtungen und im ÖGD entgegenzutreten? Wie gewichten Sie dabei die Rolle von Antidiskriminierungsbeauftragten, Beschwerdestellen und Fortbildungen?

### Soziales

- Wie lässt sich Ihrer Ansicht nach sicherstellen, dass mangelnde Deutschsprachkenntnisse bzw. andere kulturell relevante Faktoren nicht irrtümlicherweise zur Feststellung oder Aberkennung einer Beeinträchtigung führen?

### Polizei

- Welche Maßnahmen sollten Ihrer Ansicht nach ergriffen werden, um die von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) beklagte rassistische Praxis des „racial profiling“ zu unterbinden?
- Welche zusätzlichen Vorkehrungen müssten Ihrer Ansicht nach getroffen werden, um gemäß Art. 13 der Antifolterkonvention (CAT) unabhängige Beschwerdemöglichkeiten für Opfer rassistischer Polizeigewalt zu gewährleisten und eine Ahndung der Vorfälle zu garantieren?

### Ausländerbehörde

- Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sind Ihrer Ansicht nach gegeben, um das Recht auf Verständigung, die Kund\_innenorientierung und die interkulturellen Kompetenzen in Ausländerbehörden zu stärken?
- Welchen Bedarf sehen Sie zur Einrichtung einer zentralen, unabhängigen Beschwerde- und Dokumentationsstelle für Beschwerden wegen Rassismus und ethnischer Diskriminierung in den Ausländerbehörden?

### Arbeit

- Welche Position vertreten Sie gegenüber der Einführung von Quoten für PoC entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung?
- Wie stehen Sie zur Durchführung einer weitreichenden Kampagne gegen die

arbeitsmarktbezogene Diskriminierung von Frauen, die ein Kopftuch tragen?

### Justiz

- Wie erklären Sie sich den überproportional großen Anteil von Gefängnisinsassen of Color? Welche Maßnahmen müssten Ihrer Ansicht nach getroffen werden, um der damit verbundenen Kriminalisierung von PoC entgegenzusteuern?
- Welche Möglichkeiten sind Ihrer Ansicht nach gegeben, die bestehenden Resozialisierungsmöglichkeiten für Inhaftierten of Color zur erweitern?

### Stadtentwicklung

- Ist die Förderung von sozial-ökologischen, transkulturellen Wohn- und Bauprojekten Ihrer Ansicht nach ein geeignetes Instrument, um der zunehmenden Segregation im sozialen Stadtraum zu begegnen?
- Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sehen Sie zur Umbenennung rassistischer, kolonialbesetzter Straßennamen?

### Wirtschaft

- Welche Maßnahmen müssten Ihrer Ansicht nach ergriffen werden, um der Diskriminierung beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen effektiv begegnen zu können?
- Sollten Ihrer Ansicht nach Institutionen (wie z.B. Soziale Träger, Wohlfahrtsverbände, gGmbH, etc.) zu Diversity Management bzw. zu Positiven Maßnahmen verpflichtet werden, sofern sie öffentliche Gelder in Anspruch nehmen möchten?

### Kultur und Medien

- Welche Rolle messen Sie der Förderung des „Self-Empowerments“ durch Kulturprojekte von PoC bei? Wie kann die Rolle von PoC Ihrer Ansicht nach gestärkt werden?
- Wie kann Ihrer Ansicht nach eine ausgewogene, antirassistische Berichterstattung im öffentlich geförderten Fernsehen, Radio und Internet gewährleistet werden?

## Wahlprüfsteine

Wahlprüfsteine sind Anfragen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, also auch Migrant\_innen-Selbstorganisationen, und die darauf erfolgten Antworten der befragten Parteien, die vor Wahlen oder anstehenden politischen Entscheidungen veröffentlicht werden und die politische Entscheidungsfindung beeinflussen sollen. Die Deklaration als Prüfsteine und nicht als Forderungen soll die (partei-)politische Unabhängigkeit der Organisation betonen.

Damit dienen Wahlprüfsteine den Wähler\_innen zur Orientierung vor der Wahl, indem sie den Grad der Übereinstimmung der Positionen der Parteien und der jeweiligen Organisation dokumentieren.

Umgekehrt bezeichnen Parteien ihre politischen Positionen als Wahlprüfsteine, um Programme in weniger formaler Weise darzustellen.

Die Antworten werden auf der Homepage veröffentlicht.

## Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34  
10999 Berlin

TELEFON:  
030 / 61658755

FAX:  
030 / 61658756

E-MAIL:  
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB e.V.

Redaktion:  
Deniz Utlu (du),  
Elena Brandalise (eb),  
Angelina Weinbender (aw),  
Claudia Hahn (ch),  
Pavao Hudik (ph)

*Texte können verwendet und ver-  
vielfältigt werden, sofern die Quelle  
angegeben ist.*

### Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant\_innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator\_innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

[www.mrbb.de](http://www.mrbb.de)

## „Integrationsarbeit“ auf ehrenamtlicher Basis?

Das Partizipations- und Integrationsgesetz ist am 29.12.2010 in Kraft getreten. Es soll Voraussetzungen für eine verbesserte Teilhabe und „Integration“ von Menschen aus Einwandererfamilien im Land Berlin schaffen, soweit dieses durch ein Landesgesetz geregelt werden kann. Eine verbesserte Partizipation heißt aus Sicht des Gesetzgebers eine verbesserte Integration zugleich. Trotz der zahlreichen Vorschläge, Partizipation zu definieren (Anhörung vom Juni 2010), entschied sich der Gesetzgeber für die Definition, die im Integrationskonzept 2007 steht und zwar „Integration bedeutet vor allem, dass Einzelpersonen oder ganze Gruppen gleichberechtigte Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Artikulation ihrer Interessen erhalten und vor individueller und kollektiver Ausgrenzung geschützt werden. Integrationspolitik heißt daher im Kern Herstellung von Chancengleichheit“ („Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“, Das Berliner Integrationskonzept, Drucksache 16/0715, 2007, S. 3).

Auf der organisationalen Ebene stellt sich hier die Frage, wer mit welchen Ressourcen die sogenannte „Integrationsarbeit“ leistet.

Tatjana Forner, Sprecherin der AG Partizipation im Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen (LB) lud Migrant\_innen-Organisationen (MO) ein, in Form einer schriftlichen und mündlichen Anhörung, sich zu der eigenen Arbeit zu äußern:

„Wir, selbst Vertreter von Migrant\_innenorganisationen (MO) und -

projekten der Migrationssozialarbeit und Mitglieder der AG Partizipation des LB, haben immer darauf hingewiesen wie wichtig die aktive Beteiligung der MO an integrationspolitischen Debatte ist. Genauso wichtig ist die Anerkennung der Arbeit von MO, die sie in den Bereichen sozialer und beruflicher Integration, entwicklungspolitischer, antirassistischer und Antidiskriminierungsarbeit täglich leisten. Wir sehen in MO leistungsfähige Strukturen einer interkulturellen Zivilgesellschaft, die u.a. in Kooperation mit den Facheinrichtungen der Berliner Verwaltung und der sozialen Regeldienste Integration in Berlin maßgeblich mit gestalten“, so formulierte die Sprecherin die Einladung.

Der Fragebogen beschäftigt sich mit den Erfahrungen von MO auf der Ebene der verfügbaren (materiellen und personellen) Ressourcen, der Akzeptanz in den Communities und seitens der Mehrheitsgesellschaft (Förderung auf der bezirklichen, Landes- und Bundesebene), den Problemen und Potenzialen von Vereinen und Initiativen.

Ziel der Anhörung war es, anonyme MSO-Empfehlungen dem LB vorzulegen.

Der MRBB beteiligte sich auch an der Anhörung und beantwortete den Fragebogen wie folgt. Der vollständige Text ist zu beziehen unter:

[http://www.mrbb.de/dokumente/positionen/Befragung\\_MRBB.pdf](http://www.mrbb.de/dokumente/positionen/Befragung_MRBB.pdf)

eb

### Termine

21.07 18:30 Uhr Basisgespräch mit den Mitgliedern (in den Räumlichkeiten des MRBBs)

25.08 18:00 Uhr Vertreteratssitzung

28.08 Gespräch mit den Wahlkandidat\_innen der Linke zum Thema Wahlprüfsteine mit Frau Forner (Landesbeirat) und dem MRBB, in den Räumlichkeiten von Club Dialog e.V., Lindauer Str. 18, Berlin-Wedding